

Der Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der westfälischen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 826)

Mit dem Empfang der Sonntagsausgabe „Die gute Welt“.

(Fernsprecher Nr. 826)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonne und Feiertagen) mit dem Titel des folgenden Tages und ist durch die Ausgaben, Preismarken Nr. 50/51, und die Post zu bezeichnen. — Preis eines Thalers und 1.80. Münzzeichen 65 auf. — Schreibwarenpreise 20. 400m. (Leichter Nachtrag).

Die Ausgabenpreise beträgt für die eingetragene Zeitung über deren Kauf 15 Pf., für Briefmarken-, Werbe- und Wohnungsauslagen nur 10 Pf., ausserdem Auslagen 20 Pf. — Gekreis für die nächste Nummer müssen bei der Bezahlung, größere Losse sofort, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Donnerstag, den 26. Januar 1905.

12. Jahrg.

Platz einer Zeile.

Deutsch-Amerikaner.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbotes“.

Berlin, den 24. Januar 1905.

126. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesstaat: Graf Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Böning (N.L.) die den Reichskanzler auffordert, die mecklenburgischen Regierungen in bündesfreundlicher Weise zur Erfüllung des vom Bundesrat im Jahre 1875 ausgesprochenen Wunsches auf Aenderung der mecklenburgischen Verfassung zu antreten zu bewegen.

Böning (N.L.) begründet die Interpellation. Mecklenburg ist der einzige deutsche Bundesstaat ohne Verfassung: statt gewählter Volksvertreter gibt es dort nur eine aristokratische Oligarchie. Die Verfassung von 1849 wurde dank der Reaktion, die in ganz Deutschland nach Niederschlagung der Revolution zur Herrschaft gelangte, wieder aufgehoben. In den siebziger Jahren stellten die mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten wiederholt Anträge auf Änderung der Verfassungslösstände. Sie wurden vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen; u. a. stimmen Bernigsen, Miguel, hervorragende Mitglieder des Zentrums und der Freikirche dafür: wenn die Freiheit der Konservativen und des Zentrums aus staatsrechtlichen Bedenken dagegen stimmen, so einkommen doch auch sie — u. a. Herr v. Heldorf — die Notwendigkeit an, die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse in zeitgemähem Sinne abzuändern. Der Bundesrat verwarf zwar den Reichstagsantrag, sprach aber im Oktober 1875 die Erwartung aus, daß die mecklenburgischen Regierungen bald eine Reform der Verfassung in die Hand nehmen möchten. Das ist seitdem der sog. mecklenburgische Verfassungsantrag vom Reichstag angenommen worden: aber noch dauert die aristokratische Verfassung in Mecklenburg unverändert fort.

Hedner gibt ein Bild der mecklenburgischen Verfassung. Die beiden sonst völlig souveränen Großherzogtümer haben einen gemeinsamen Landtag. Dieser fest sich zusammen 1. aus der Landschaft, d. h. den meist vom Großherzog ernannten Bürgermeistern von 49 Städten, 2. aus der Ritterschaft, das heißt den 1200 Besitzern der Rittergüter. Bäuerliche Abgeordnete, überhaupt bürgerliches Eigentum kennt die mecklenburgische Verfassung nicht. Die Hälfte des Landes ist großherzogliches Domänen; dieses Domänen untersteht überhaupt nicht dem Landtage, in ihm ist der Großherzog absoluter Herr. Die mecklenburgische Volksvertretung (Gr. Heiterkeit) kennt keine Geschäftsaufteilung, keine Tagesordnung, keine Beschlusshilfe, keine Rednerliste: jeder spricht, wenn es ihm paßt und häufig sehr viele zu gleicher Zeit (Große Heiterkeit). Der Landtag ist nur kompetent in allen die Rechte und Privilegien der Stände betreffenden Fragen, in allen anderen, den sogen. „gleichgültigen“ Fragen (Gr. Heiterkeit) kann er nur Gutachten abgeben. Die Finanzen sind in heillorem Zustande, jedoch vor 22 Jahren der damalige mecklenburgische Bevolkungsstaat, der Vater des reichen Reichskanzlers (Hört! Hört! links) erklärte, es könne nicht mehr so weiter gehen (Hört! hört! links). Einen einheitlichen Fiskus gibt es nicht, seine Stelle vertreten drei Stellen, die so selbstständig sind, daß sie sogar gegeneinander konkurrieren (Große Heiterkeit). Mecklenburg ist überhaupt kein Staat in modernem Sinne. (Sehr richtig! links). — Gewiß ist vieles besser geworden in Mecklenburg, seit die Reichsverfassung die Landeskompromissen bekräftigt hat. Über die Zustände sind arg genug. Während das höhere Schulwesen durchaus in Blüte steht, steht es im Volksbildungswesen höchst traurig aus. Ein mecklenburgischer Volkschullehrer kann alljährlich gefündigt werden: erst nach 20 Jahren erhält er den Anspruch auf eine Pension — in der Höhe von 400 Pf. jährlich (Hört! hört! links). Das Vereins- und Versammlungsrecht ist außerordentlich unzureichend: die Abhaltung von Versammlungen unterliegt der Genehmigung des Staatsministeriums (Hört! hört! links). Alle Versuche, die früher von der Regierung gemacht wurden, die Verfassungsfrage zu lösen, scheiterten an dem starken Widerstand der Ritterschaft (Lebhafte hört! hört! links). Seit 24 Jahren hat übrigens auch die Regierung alle Verträge in dieser Richtung aufgegeben. (Hört! hört! links.) — Wir haben unser Antrag so gefaßt, daß verfassungsrechtliche Bedenken gegen ihn nicht erhoben werden können, und hoffen auf möglichst einmütige Zustimmung des Reichstages. — Als junger Mann trat ich vor 34 Jahren in dieses Haus ein mit der frohen Hoffnung, daß das neue Reich mit dem Schutz seines Jahrhunderts aufzutun vermöge. Ich bin seitdem alt und grau geworden: aber in Mecklenburg ist leider alles geblieben, wie es war. Doch so lange meine Kräfte ausreichen werden, so lange werde ich dafür kämpfen, daß dem mecklenburgischen Volke endlich eine zeitgemäße Verfassung zuteilt wird. (Lebhafte Beifall links, Händeklatschen auf der Tribüne.)

Präsident Graf Wallersteim droht mit Räumung der Tribünen, wenn dort noch einmal geschaut wird. (Gr. Heiterkeit im Hause.)

Staatssekretär Graf Posadowsky beantwortet die Interpellation. Man kann mit den Wünschen der Interpellanten durchaus sympathisieren und muß doch gehorchen, daß die Reichsverfassung dem Bundesstaate keine Handhaben bietet, sich in die mecklenburgischen Provinzen einzumischen: denn ein Verfassungskontakt liegt nicht vor. Außer der föderativen Grundlage der Reichsverfassung darf unter keinen Umständen gerüttelt werden. — Allerdings entspricht es

dem Wesen der Reichsverfassung — schon weil die Ausschungsgesetze zu den Reichsgesetzen in den Einzelstaaten beschlossen werden —, daß Volksvertretungen in den Einzelstaaten vorhanden sind. (Lebhafte hört! links.) In diesem Sinne war der Beschuß des Bundesrates vom Jahre 1873 gehalten, den der Vorredner erwähnte, und in derselben Richtung bewegte sich der Landtagsentscheid des verstorbenen Großherzogs, der eine Verfassungänderung unter Befestigung des Patrimonialcharakters der bestehenden Verfassung für unvermeidlich erklärte. — Nach Mitteilungen, die mir von autoritativer Seite geworden sind, halte ich es für ausgeschlossen, daß die Mecklenburgischen Regierungen die Wicht ausgeben haben sollten, die Verfassung zeitgemäß zu ändern. (Hört! hört! links.) Konservativ heißt nicht, absolut negativ den Forderungen einer fortschreitenden Zeit gegenüberzustehen (Lebhafte hört! rechts, Weiterf. links), sondern neue Formen finden, die das Erhaltenswerte auch wirklich der Zukunft erhalten. Das ist unzweifelhaft auch die Ansicht der mecklenburgischen Regierung, an deren weiterem Willen eine zeitgemäße Verfassungsreform herbeizuführen, man nicht zweifeln kann. (Stürm. Heiterkeit links.)

Mecklenburg, Bundesdeutschland, von Oetzen verliest eine Erklärung der mecklenburgischen Regierung, wogen diese die Einigung des Reichs in Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten als verfassungswidrig zurückweist. Im übrigen habe sie wiederholt ernstlich mit den Ständen im Sinne einer Verfassungänderung verhandelt und müsse sich den Zeitpunkt vorbehalten, an dem sie diese Verhandlungen wiederzuführen werde. (Stürmische anhaltende Heiterkeit links.) Ich kann nicht sagen, wann dieser Zeitpunkt gekommen sein wird. (Erneutes lautes Lachen links.) Ich kann Ihnen nur dringend raten, sich nicht in mecklenburgische Verhältnisse zu mischen. (Brausendes Gelächter fast im ganzen Hause.) Sie haben genug mit den Autoren zu tun, die Ihnen die Reichsverfassung gewiesen haben. (Anhalteende lärmische Heiterkeit links.)

Auf Antrag des Abg. Sattler (N.L.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Dr. Herzfeld (SD): Verfassungsfragen sind Rechtssachen und die mecklenburgische Ritterschaft, die sich ihre Machstellung durch einen zähen Klassenkampf erworben hat, wird keine Lust verspielen, einer nationalliberalen Interpellation auf die Machtstellung aufzugeben. Der Konservative v. Buchta hatheimer das Recht des Reichstags anerkannt, eine mecklenburgische Verfassungsänderung zu beantragen; der Nationalliberalen Befürwortung aber begrüßt sich damit, daß die bündesfreundliche Bevölkerung anzureufen. Die Ablehnung des Hrn. v. Oetzen war die rechte Antwort auf diese nationalliberale Schwachmütigkeit. Als ich die Interpellation las, glaubte ich erst, es handle sich um ein Komromiß zwischen Nationalliberalen und Konservativen, wie es bei der Sitzung in Schwerin zutage getreten ist. Die mecklenburgische Verfassung beruht auf dem Siege, den mit hannoverischer Hilfe im Jahre 1701 die zuständige Ritterschaft über den Herzog davortrug, und auf der Prästation der Verfassung von 1849, einer Prästation, die wiederum die Ritterschaft mit Hilfe der Könige von Sachsen, Preußen und Hannover durchsetzte. Mit bündesfeindlichen Verhandlungen läßt sich rein gar nichts durchsetzen: das ergibt sich ja mit Sonnenblau aus der Sprache, die hier der mecklenburgische Bundesdeutschland führt. Verschiedene Versuchungen an den mecklenburgischen Verfassung sind ja gemacht worden: so wurde, als der Liberalismus in der Blütezeit seiner Kraft stand, geplant, die Landschaft und der Ritterschaft als Vertreter der Kirchengemeinden hinzuzutragen, die aber durch die Kirchevorstände, d. h. durch großherzogliche Beamte gewählt werden sollten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Aber selbst diese „Maison“ kam nicht zustande; und seitdem das Heroenzentrale der Nationalliberalen (Große Heiterkeit) zu Ende ist, ist es auch von der mecklenburgischen Verfassungsrevision ganz will geworden: Parteien, die eine solche verlangen, wirkt der Landtag einfach unter den Tisch und nicht einmal die „liberale“ Landschaft erhebt Einspruch. Und da glaubt man mit „bündesfreundlichen“ Versprechungen etwas zu erreichen! So leicht erhebt man keine Verfassung: das sieht man jetzt in Russland, wo der Zar auf die freundliche — ich möchte sagen, bündesfreundliche — Bitte um eine Verfassung mit Karolischen antwortet! Wir Sozialdemokraten als Vertreter des Proletariats, das am meisten unter den zukünftigen mecklenburgischen Verfassungsverhältnissen zu leiden hat, wir sind mehr als alle anderen Parteien an einer Abstimmung dieser unwürdigen Umstände interessiert: aber wir wissen, daß wir unsere Wicht nicht auf nationalliberale Weise und nicht durch bündesfeindliche Vorstellungen, sondern nur durch eine energische Agitation und durch eine kraftvolle Auseinandersetzung des Volksgeistes erreichen können. (Lebhafte, b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es hat mich gewundert, von einem Mitgliede dieses Hauses den gefährlichen Satz zu vernnehmen, daß Verfassungsfragen Staatsfragen sind. Damit kann man jeden Verfassungsbuch, jeden Staatsstreit rechtfertigen. Ich bin bisher immer der Aufficht gewesen, daß Verfassungsfragen Rechtsfragen sind. (Lebhafte, b. d. Soz.) Aus der Reichsverfassung läuft sich, daß die mecklenburgische Einigung der Fleisch-Domäne in die mecklenburgische Einigung nur laut Art. 3 — in konfessionellen Fragen rechtfertigen. Die nationalliberale Partei hat in den 70er Jahren fortwährend einen Antrag auf Abänderung der Reichsverfassung in dem Sinne gestellt, daß ein Einfluß des Reiches auf innere Verfassungsverhältnisse der Bundesstaaten erlaubt werden sollte.

Rettich (R.) erklärt in seinem und der übrigen konservativen mecklenburgischen Abgeordneten Namen, daß zwar in der konservativen Fraktion die Ansichten in Verfassungsfragen auseinandergegangen, daß aber das Reich nicht berechtigt sei, sich in die Verfassungsfragen der einzelnen Staaten einzumischen. Wir möchten also auch die bündesfreundliche Einigung als ungehörig zurückweisen. (Ironischer Beif. b. d. Soz.)

Kopisch (FBG): Die Zustände in Mecklenburg sind unverändert geblieben, aber jetzt wird sogar der bündesfreundliche Satz abgelehnt. Da 700 mecklenburgischen Ritter sollen sich doch nicht einbilden, das Volk zu sein. (Sehr richtig! links.) Die Stimmung im Lande ist aber ganz anders. Selbst Herr v. Kardorff hat erklärt, daß es nur ein Spiel mit Worten sei, von einer mecklenburgischen Verfassung zu sprechen. Wir fordern für Mecklenburg eine Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts! (Lebhafte, b. d. Soz.) 1903 erklärte hier Herr v. Letzen, der Parlamentarismus sei im Niedergange begriffen. Nun, ich denke, die Zustände im östlichen Nachbartheile erwidern gerade keine Söhnsucht nach der Wiederkehr des Absolutismus. (Sehr richtig! links.) Die Verhältnisse in Mecklenburg sind auch nicht gerade geeignet, für einen verfassunglosen Zustand einzurichten zu machen. (Sehr richtig! links.) Die Schulverhältnisse sind miserabel; am schlimmsten steht es in den Büterschulen. Im Sommer darf nur an drei Tagen je 2 Stunden unterrichtet werden, und die Tage bestimmt der Gutsbesitzer. (Hört! hört! links.) Die Bevölkerungsdichtigkeit steht in seinem Verhältnis zu der Fruchtbarkeit des Landes. Die Zahl der unehelichen Geburten ist in Mecklenburg größer, als in einem andern Bundesstaat. (Hört! hört! links.) Nach dem Wahlergebnis von 1903 stehen zwei Drittel der mecklenburgischen Bevölkerung hinter den Parteien, die für den Antrag Böning sind. Es ist wirklich an der Zeit, daß eine Reform der Verfassung eintritt. (Beifall links.)

Dr. Spahn (S.): Das Reich ist nicht kompetent, sich in die mecklenburgischen Verfassungsangelegenheiten einzumischen. Wir teilen aber den Wunsch, daß dieses Land bald zu einer Verfassung kommt. (Lachen links.)

Dr. Bachnike (FBG): Die Neuerungen des Vertreters der mecklenburgischen Regierung widerlegen die Behauptungen des Staatssekretärs, daß die mecklenburgische Regierung mit Ernst an dem Werk der Verfassungsreform arbeite. Hier sagen die Konservativen, die Sache gehört vor den Landtag und im Landtag erfährt sie, sie denken gar nicht an eine Reform. Das heißt doch von Pontius zu Pilatus schicken. Nur der Weg der Reichsgesetzgebung verspricht Erfolg. Der § 78 der Reichsverfassung gibt dem Reich durchaus das Recht, auf die Verfassung in den Einzelstaaten Einfluß zu nehmen. — Hedner kritisiert eingehend die Schulzustände in Mecklenburg. Die Lehrpläne hängen vom guten oder bösen Willen des Gutsbesitzers ab. Die Lehrer bekommen nur zwei Drittel des Gehalts der Lehrer im übrigen Deutschland. Im Dozentenamt sind die Pensions- und Aündigungsverhältnisse der Lehrer überhaupt nicht geordnet. Eine Finanzkontrolle gibt es nicht, ebensowenig ein Sammelungsrecht; selbst das Reichsrecht über Sammelungsfreiheit während der Wahlzeit wird durchbrochen. Die Mecklenburgische Verfassung beruht auf dem Siege, den mit hannoverischer Hilfe im Jahre 1701 die zuständige Ritterschaft über den Herzog davortrug, und auf der Prästation der Verfassung von 1849, einer Prästation, die wiederum die Ritterschaft mit Hilfe der Könige von Sachsen, Preußen und Hannover durchsetzte. Mit bündesfeindlichen Verhandlungen läßt sich rein gar nichts durchsetzen: das ergibt sich ja mit Sonnenblau aus der Sprache, die hier der mecklenburgische Bundesdeutschland führt. Verschiedene Versuchungen an den mecklenburgischen Verfassung sind ja gemacht worden: so wurde, als der Liberalismus in der Blütezeit seiner Kraft stand, geplant, die Landschaft und der Ritterschaft als Vertreter der Kirchengemeinden hinzuzutragen, die aber durch die Kirchevorstände, d. h. durch großherzogliche Beamte gewählt werden sollten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Aber selbst diese „Maison“ kam nicht zustande; und seitdem das Heroenzentrale der Nationalliberalen (Große Heiterkeit) zu Ende ist, ist es auch von der mecklenburgischen Verfassungsrevision ganz will geworden: Parteien, die eine solche verlangen, wirkt der Landtag einfach unter den Tisch und nicht einmal die „liberale“ Landschaft erhebt Einspruch. Und da glaubt man mit „bündesfreundlichen“ Versprechungen etwas zu erreichen! So leicht erhebt man keine Verfassung: das sieht man jetzt in Russland, wo der Zar auf die freundliche — ich möchte sagen, bündesfreundliche — Bitte um eine Verfassung mit Karolischen antwortet! Wir sind durch die Konstitutionellen Gedanken gefügt. Ich frage mich aber gleich, wird diese Stimmung bis zum Dienstag vorhalten? (Sehr gut! links.) Die Erwähnung des mecklenburgischen Volkes gegen die Ritterschaft kommt bei den Wahlen zum Ausdruck. Will die mecklenburgische Regierung die Reichsinterpellation verhindern, so soll sie freiwillig geben, was dem Lande nötigt. (Beifall links.)

Dr. Sattler (N.L.): Mit seiner ausgeregelten Art wird Herr Dr. Herzfeld in Mecklenburg werzig erreichen. (Lachen bei den Soz.) Wir haben seit 20 Jahren die Forderung der Interpellation erhoben und müssen unser lebhaftes Begeisterung darüber aussprechen, daß die Regierung die Interpellation so schroff abgelehnt hat.

Frhr. v. Hodenberg (FBG): Wir sind mit der Erklärung der Regierung einverstanden, erwarten aber, daß die mecklenburgische Ritterschaft freiwillig sich ihrer Pflicht bewußt wird und die berechtigten Wünsche der Bevölkerung erfüllt.

Dr. Spahn (S.): Die Kompetenz des Reiches — darin gebe ich Herrn Dr. Bachnike recht — kann allerdings durch das Reich erweitert werden, aber der Reichstag kann dazu nicht die Initiative ergreifen. (b. d. Soz.)

v. Oldenburg (R.): Herr Dr. Bachnike hat gesagt: Warum soll den Mecklenburgern verwehrt sein, was allen übrigen gestattet ist? Ich frage auch: Warum soll es den Mecklenburgern verwehrt sein, sich eine Verfassung zu geben, wie es ihm paßt, während es allen übrigen Ländern gestattet ist. (Gr. Heiterkeit rechts.)

Dr. Bachnike (FBG): Ich akzeptiere das Zugeständnis des Herrn Spahn, daß das Reich seine Kompetenz erweitern könnte. Im übrigen ist das Recht der Initiativrechte dem Reichsinge in der Verfassung ausdrücklich zugesichert.

Staatssekretär Graf Posadowsky: In Artikel 21 der Verfassung heißt es ausdrücklich: Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reiches Initiativansprüche zu stellen. Die Kompetenz des Reiches beruht aber auf der bestehenden Verfassung.

in Baracken am Land wohnen, haben sich gegen ihre eigenen Offiziere erhoben. Sie drangen in die Offizierswohnungen ein und töteten viele Schäden an. Das herbeigeführte Militär weigerte sich, auf die Matrosen zu schießen; ein Teil der Truppen schloss sich sogar den mutierenden Matrosen an. — Nach einer weiteren, jedoch nicht erwähnten Melbung bestätigt sich diese Nachricht nicht.

Aus Helsingfors wird gemeldet, in Finnland sei eine Revolution ausgebrochen, die Mitglieder des Landtages und des Adels sowie die Führer des Bürgertums hätten sich an die Spione der Bewegung gesellt. — Wir bezweifeln vorläufig die Richtigkeit der Melbung. Sollte sie jedoch zutreffend sein, dann wäre ohne Frage das Schicksal des Kaiserreichs besiegelt.

Kaiserreich.

Die Zusammensetzung des neuen französischen Ministeriums hat gegenüber der gestern mitgeteilten Liste noch einige Veränderungen erfahren. Das Ministerium wurde endgültig in folgender Zusammensetzung gebildet: Mauvieux, Vorst und Fixençon; Thaumie, Faizis; Deicasse, Lenheres; Etienne, Taverne; Berteaug, Krieg; Thommen, Martin; Clement, Colombe; Gauthier, öffentliche Arbeiten; Beauvau Martin, Unterricht; Dubief, Handel; Ruan, Außen. Neue Unterstaatssekretäre sind: Für die schönen Künste Dujardin-Baumé; Finanz in Berlin; Polen und Telegraphen Verord. Das Kabinett wird am 24. Januar nachmittags den Wortlaut der von ihm abzugebenden Erklärung feststellen.

Elber und Wochengebiete.

Mittwoch, den 25. Januar 1905.

Die große Volksversammlung, welche am Donnerstagabend im Vereinshaus stattfindet, muß von allen organisierten Arbeitern Lübecks besucht werden. Gilt es doch, Stellung zu nehmen gegen die unerhört brutale Art und Weise, mit der eine handvoll großkapitalistischer Ausbeuter die Grubenproletarier zum Streik zwangen. Arbeiter, erscheint in Massen!

Jahresbericht der Beamter (Zahlstelle Lübeck). Aus dem reichhaltigen Lagebericht der Generalversammlung vom 20. Januar ist zunächst der Jahresbericht und die Jahresabrechnung hervorzuheben. Es haben im verflossenen Jahre 22 Versammlungen stattgefunden; in drei derselben wurden Vorträge von dem Gauvorstandigen Carl Gräning, sowie den Grossen J. Stelling und Th. Schnitz gehalten. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 100 Mitgliedern besucht. Zur Korrespondenz ist zu bemerken, daß 58 Postsendungen an Briefen usw. einzogen, während 76 Sendungen ausgingen. 11 Vorstandssitzungen und verschiedene Sitzungen mit den einzelnen Kommissionen haben stattgefunden; ferner wurde im verflossenen Jahre viermal eine Statistik aufgenommen, die ein ziemlich gutes Resultat zeitigte. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1904 324. Die Jahresabrechnung hatte folgendes Ergebnis: An die Mitglieder wurden im Laufe des Jahres 23 296 Marken verabfolgt, welche den Betrag von 9377,25 Mk. für die Hauptkasse erbrachten. Von der Lokalkasse wurden 342 Marken im Werte von 750,40 Mk. verausgabt. Die vierteljährliche Statistik unserer Zahlstelle vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1904 zeigt folgendes Bild: Mitgliederbestand am 1. Oktober 1904 524, Abgang 16, Abgang 15, sodass eine Mitgliederzahl von 523 verbleibt. Die Abrechnung schließt in demselben Zeitraum mit 2680 Mk. in Einnahme und Ausgaben glatt ab. Zum Verbundstage in Leipzig wurde der Kollege H. Reimer delegiert. Des Weiteren erstattete Kollege Freitag Bericht über die Tätigkeiten der Lohnkommision. Der regen agitatorischen Arbeit ist es zuzuschreiben, daß in Mölln und Herrenburg eine Bühne gegründet werden konnte. Leider ist die Arbeit in Niendorf a. d. L. bis jetzt noch resultlos verlaufen. Dieses lag hauptsächlich an der indifferenten Haltung der dortigen Kollegen. Die Einigung zwischen den Fabrikarbeitern und Bauarbeitern betrifft Beitragszahlung derjenigen Fabrikarbeiter, welche auf Bauten beschäftigt sind, ist in befriedigender Weise vollzogen worden. Die Kosten der Agitation im Jahre 1904 beliefen sich auf 111,50 Mk., davon 66 Mk. auf die Kaukasse entfallen, während 45,50 Mk. die Zahlstelle Lübeck zu leisten hatte.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)

2) Staatsangehörigkeit-Ausweis.

3) Militär-Papier.

4) Anmeldechein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldechein.

6) Innungsmitgliedschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Chefrau.

8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamt die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktag in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos.

Bauteigenen, erwerbt das Bürgerrecht.

Achtung, Bürometer! Über die Firma Hellmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Spur verhängt. Die Lokalkommision der Bürometer.

Der Dampfer "Sydsksten", der seit mehreren Wochen verschollen ist, muß leider als verloren gelten; die Hoffnung, daß das Schiff einen Rothafen angelassen oder daß sich wenigstens die Mannschaft gerettet hat, besteht nicht

mehr. Mehrere angesehene Speditionsfirmen erlassen jetzt in den bürgerlichen Blättern einen Aufruf zur Geldsammlung für die Hinterbliebenen der verunglückten Seeleute.

Ruhezeit im Bäckergewerbe. Um die Einführung einer ununterbrochenen 36stündigen wöchentlichen Ruhezeit im Bäckergewerbe zu erlangen, wird der Centralverband der Bäckereigehülsen Deutschlands, eine Eingabe an den Bundesrat richten. — Die Post wird am Freitag, den 27. Januar nur während derselben Stunden wie an Sonntagen geöffnet sein.

Aus dem Gerichtssaal. Der Schmiedelehrling B. hatte sich im September v. J. von dem Fahrradhändler ein Fahrrad geliehen, angeblich um sich ein bisschen in Lübeck herumzumimeln, in Wirklichkeit aber, um ins Maßwerk zu fahren. Das Rad lieferte er nicht wieder ab, sondern er entfernte die Polizei-Nummern von denselben. Es gelang jedoch bald, ihn abzufauen und am Dienstag stand der hoffnungsvolle Jungling wegen seines Betruges vor Gericht. Dasselbe zog die Jugend des Angeklagten in Berücksichtigung und ließ es bei 20 Mk. Geldstrafe bewenden. — Wegen welcher Kleinigkeit die Gerichtsmauthnal im Auspruch genommen werden, zeigte die Verhandlung gegen die Frau G., welche wegen Diebstahl angeklagt war. Die Beschuldigte hatte sich einmal bei ihrer früheren Dienstherrin eine wertlose Spanne angeeignet, mit der die Kinder spielten. Als es später zu Lohnstreitigkeiten zwischen Frau G. und ihrer Dienstherrin Beauftragte; Finanz in Berlin; Polen und Telegraphen Verord. Das Kabinett wird am 24. Januar nachmittags den Wortlaut der von ihm abzugebenden Erklärung feststellen.

Vom Wetter. Mit gewohnter Pünktlichkeit ist das Tauerter wieder eingetreten, nachdem die Winternis freigegeben ist. Von den Bauhandwerkern dürfte die geringere Wittringer freudig begrüßt werden, da die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe groß ist.

Der Staat hat die ehemalige Bonbon- und Zigarrenfabrik von Ferd. Schuppe, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Zustimmung der Bürgerschaft, angekauft.

Stadttheater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Durch den großen Erfolg bei Publikum und Presse sah sich die Direktion des Stadttheaters veranlaßt, ein nochmaliges, aber unbedingt letztes Gastspiel mit Frau Hermine Reichenbach-Miegel vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg abzuschließen. Das letzte Gastspiel findet am Donnerstag statt und gelangt „Maria Theresia“ zur Aufführung.

pb. Diebstahl. Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr wurde von einem zwischen dem Gilgutshuppen und Güterschuppen stehenden Handwagen ein Paket, enthaltend Verbandsstoffe, welche fälschlich die Bezeichnung: Sonnenapotheke Lübeck tragen, gestohlen.

Handelsregister. Am 23. Januar 1905 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Senff in Lübeck: Die Procura des Ch. & Gebr. Senff ist erloschen. Der Chefrau A. M. A. Senff geb. Steenburg ist Procura erteilt. Sie ist nur in Gemeinschaft mit einem Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft befugt; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Claes u. Schmidt in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter J. G. Th. Claes in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma.

Schlump. Eine Gemeindeversammlung beschäftigte sich am Sonnabend mit der geplanten Gasanlage. Gegen dieselbe äußerte sich niemand, nur über die Ausbringung der Kosten waren die Ansichten geteilt. Der Gemeinderat machte den Vorschlag, steuerpflichtige Einkommen bis zu 1500 Mk. mit 1 resp. 5 Mk. jede weitere 100 Mk. mit 75 Pf. zur Lichsteuer heranzuziehen. Ob dieser Modus zur Ausführung gelangen wird, steht noch dahin.

Eutin. Eine Versammlung des Bundes der Landwirte fand am 24. Januar hierfür statt. In derselben sprach Dr. Dippert-Berlin über die wirtschaftspolitische Lage in Deutschland. Es braucht nicht erst besonders betont zu werden, daß in den Ausführungen des Redners die ganzen unverschämten Brotpreissteigerungen wünschte der Agrarier widerlehrt, daß auch die unruhige Gegnerschaft des Bundes gegen Verkehrsverbesserungen, besonders gegen die Kanalvorlage, in recht unambiguiter Weise zum Ausdruck gelangte. Ein kleiner Lichblick kam dem Herrn, als er sich über den Bergarbeiterstreik äußerte. Er meinte, daß die jetzigen Verhältnisse im Ruhrgebiet nicht durch die Agitation der Sozialdemokraten herbeigeführt worden sind, sondern durch die verwerfliche Syndikatwirtschaft. Das ist ebenfalls etwas neues, wie die sonstigen Bekannterungen des Dr. Dippert; nur behaupten viele der Klassegenossen jenes Herrn das Gegenteil. Die Arbeiter aber wissen, daß die Brotpucher ebenso wohl wie die industriellen Ausbeuter im Grunde dasselbe Prinzip befolgen: sich auf Kosten der werktätigen Bevölkerung zu bereichern!

Schwartau. Nicht bestätigt worden sind seitens der Regierung unsere Genossen Böß und Zeidler, die vom hiesigen Gemeinderat zu Beigeordneten gewählt waren. Schon beim Fall Hug hat die oldenburgische Regierung deutlich gezeigt, daß sie ebenso reaktionär ist, wie die preußische; hier hat sie also nur ihre frühere Haltung gewahrt. Selbstverständlich hatten unsere Genossen, die ihre Pappenhimer genau kennen, einen andern Bescheid nicht erwartet; sie werden aber trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen von allen Seiten bei der Ausübung ihres Mandats gemacht werden, stets für das Wohl der Gemeinde eintreten.

r. Schwartau. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag den 26. Januar, abends 8½ Uhr, bei Sternberg statt. Wichtige Angelegenheiten sind zu erledigen.

Gutin. Solidarität. Die Zahlstelle Gutin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bewilligte den streikenden Bergarbeiter die Summe von 45 Mk. aus der Lokalkasse. Hauptsächlich folgen auch die andern Gewerkschaften bald diesem Beispiel.

Schönberg. Strafamnestie. Der Arbeiter B. zu Hof Lauen wurde wegen Jagdvergehen zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Rüttigung wurde der Müller A. zu 14 Tagen Gefängnis, dessen Sohn, der sich wegen Konkurrenzverbrechens im Buchthaus zu Dreisbergen befindet, zu einer Zusatzstrafe von 1 Woche Buchthaus, und der Müllergehilfe B. zu einer Zusatzstrafe von 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Es hängt die Strafstatut der Angeklagten mit dem Konkurs zusammen. Ein Pachtvertrag, der sich in Händen des Konkursverwalters befand, wurde unter Androhung von Gewalt zurückgefordert. — Der berüchtigte Einbrecher Krüger, von dessen „Heldenaten“ wir s. J. wiederten, erhielt wegen Einbruch einer 1½-jährige Gefängnisstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrengerechte für die Dauer von 3 Jahren.

Die Bauberlste, Oper in 2 Akten von W. A. Mozart. Benenn für Herrn Scholz. Die Musik zur „Bauberlste“ gehört zu dem Schauspiel, was Mozart geschrieben; die weiblichen Klänge zeugen von dem Genius, der dem großen Meister die Stimme geliefert hat. Herr Scholz gab den Sarastro, der zu Seinen besten Partien gehörte, in dem Lobenswerten Weise; nur klängt seine Stimme manchmal etwas matt und überangestrengt. Das am Schluß neben den üblichen Grätzleien dem unklassischen Sänger auch diverse wohlgefüllte Bläschken überreicht wurden, sei nebenbei erwähnt. In den zahlreichen übrigen Rollen, von denen eigentlich keine einzige als wirklich nebensächlich zu betrachten ist, war fast das ganze

Kanonensboot „Sobicht“ erhielt vom Kriegsgericht zu Kiel 3½ Monate Gefängnis wegen Vernichtung zweier Geheimbeschreibungen vor Swakopmund. Von der Anklage der Unternehmung wurde er freigesprochen. — Schwere Havarien im Nordostseekanal erlitt der dänische Dampfer „Esbjorn“ bestimmt war, und bei Station Fischerhütten mit dem Dampfer „Domingo“ kollidierte. Das beschädigte Schiff wurde unter Assistenz von Kanalschleppern nach Kiel gebracht. — Der Dampfer B. aus Petersburg kam abends in betrunkenem Zustand in den Hafen zu Goldenbaum bei Strelitz und bat um Nachquartier. Er erhielt ein Strohlager in den Kuhstall. Als er am nächsten Vormittag zum Kaffee gerufen wurde, antwortete er nicht und bekundete durch lautes Schreien, daß er noch in diesen Schlummer liege. Man hielt es für angebracht, ihn ruhig liegen zu lassen. Abends 7 Uhr entdeckte man, daß er nicht mehr atmete. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab, daß der Verstorbene erstickt ist. — Einen schrecklichen Tod erlitt am Montagabend ein 1½-jähriges Kind in einem Hause an der Jakobistraße in Bremen. Das Kind lag in einem Kinderwagen in der Nähe eines Tisches, auf welchem eine brennende Lampe stand. In einem unübersehbaren Augenblick zog das Kind die Lampe um und setzte sich in Brand. Das Kind starb sofort in den Flammen.

Hamburg. Das Gnadenegesetz der Frau wurde vom Senat abschlägig beschieden.

Die Hinrichtung der Kindermörderin durch den Dampfer „Peri“, mit einer Getreideladung von Danzig nach Orelsfund (Schweden) bestimmt, ist im Sturm mit 14 Mann Besatzung untergegangen. — Die Hamburger Biermarke „Optima“, die auf den Hassboro Sands gestrandet ist, ist von der Mannschaft verlassen worden, da sie aufgebrochen und deshalb total verrostet worden. Die Bemerkung ist durch englische Fischer nach Dartmouth gerettet worden.

Hamburg. Zehn große Volksversammlungen, die alle überaus zahlreich besucht waren, beschäftigten sich gestern Abend mit dem Bergarbeiterstreik. Nach den mit reicher Beifall aufgenommenen Referaten wurden Resolutionen angenommen, die den streikenden Bergarbeiter, die durch die schamlose Ausbeutung der Besitzerbarone in den Kampf gezwungen sind, ihre Sympathie aussprechen.

Altona. Seinem Vorstreich abhold sind die Bäcker-Innungsmänner. Gern möchten sie die Bestimmungen, die reichsrechtlich zum Schutz der Bäcker gesetzten erlassen würden und, wieder aufgehoben wissen und gegen weitere Ausdehnung dieses Schutzes werden sie sich mit Händen und Füßen. Der Achtuhrladenladen ist ihnen verhaft und ihre Gegnerschaft haben in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht: Die Mitglieder der Bäcker-Innung erklären sich ganz entschieden gegen eine weitere Verkürzung der Berkauszeit. Sie erbliden in dem Achtuhrladenladen eine weitere schwere Schädigung in der Ausübung ihrer gewerblichen Tätigkeit und werden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, die Einführung derselben zu verhindern.

Beisenhorst. In den Flammen umgekommen. Am Sonnabendmorgen kam in dem hiesigen Nachtmarktfeuer zum Ausbruch. Mit großer Schnelligkeit verbreitete sich das verheerende Element über das mit Stroh bedeckte Gebäude und legte es in kurzer Zeit in Asche. Der 24jährige Arbeiter Kippe, der der Ernährer seiner alten Mutter war, kam in den Flammen um. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde der verbröckelte Leichnam gefunden. Kippe ist das Opfer seiner Unvorsichtigkeit geworden. Er lehrte um 6 Uhr, von einer Ballzeitlichkeit fortmied, heim. In seiner Müdigkeit oder infolge anderer Umstände hat er wahrscheinlich die Lampe umgestoßen, wodurch der Brand entstand. Von der gesamten vom Feuer vernichteten Habe der Hausherrin ist nichts verschwendet.

Kiel. Zu einer gewaltigen Demonstration gesellten sich die geistige öffentliche Volksversammlung im „Englischen Garten“. Reichlich 3000 Personen waren erschienen, um ihre Sympathie zu erklären mit den im Ruhrgebiet kämpfenden Brüdern. Nach einem fast zweistündigen Referat des Bergmanns A. Prochius aus Böckum und einigen mit großer Beifall aufgenommenen Ergänzungen des Gen. Adler, gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, wonach die Sozialdemokraten versprechen, den kämpfenden mit allen möglichen Mitteln zur Seite zu stehen und sie nach besten Kräften zu unterstützen. Ferner wurde unter lösungserfüllter Zustimmung eine weitere Resolution angenommen, welche dem revolutionären Verzehr der russischen Arbeiterschaft die Sympathie der Bergmannen entgegenbringt und ihr Erfolg wünscht im Kampf gegen den brutalen Despotismus und seine Schergen.

Gadebusch. Feuer. Am Montagmorgen brannte das Herrenhaus zu Bafedorf bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Bewohner desselben konnten mit knapper Not das nackte Leben retten.

Malchin. Vier Opfer des Eisports. Sonnabendmittag fand auf dem Malchiner See vier unglückliche schwangräßige junge Leute aus Bafedorf ertrunken: ein Sohn des Gutsbesitzer Schmid-Bafedorf, der Schmiedegehilfe Baderberg, der Müllergehilfe Schulz, beide gebürtige Malchiner, und ein Müllergehilfe aus Hannover. Von ihnen war eine Schlittschuhpartie nach dem Süderende des Sees gelegenen Dohmen verabredet. Die Fahrt verlief glücklich, die Rückfahrt sollte ihnen verderblich werden.

Oldenburg. Achtung! Großherzog! Dem Löß-Löß des Oldenburger Großherzogs hat nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums jedes Führerwerk aus dem Wege zu fahren. Der Kraftwagen ist besonders kennlich gemacht. — Das „Nord. Volksh.“ weiß darauf hin, daß diese Verordnung recht ungültig ist und nicht befolgt zu werden braucht. In der Verfassung steht von einem solchen Vorrecht des Großherzogs nichts. Unter dem Polizeiminister scheinen sich ja in Oldenburg recht sonderbare Rechtsverhältnisse herauszubilden.

Stadttheater.

Die „Bauberlste“, Oper in 2 Akten von W. A. Mozart. Benenn für Herrn Scholz. Die Musik zur „Bauberlste“ gehört zu dem Schauspiel, was Mozart geschrieben; die weiblichen Klänge zeugen von dem Genius, der dem großen Meister die Stimme geliefert hat. Herr Scholz gab den Sarastro, der zu Seinen besten Partien gehörte, in dem Lobenswerten Weise; nur klängt seine Stimme manchmal etwas matt und überangestrengt. Das am Schluß neben den üblichen Grätzleien dem unklassischen Sänger auch diverse wohlgefüllte Bläschken überreicht wurden, sei nebenbei erwähnt. In den zahlreichen übrigen Rollen, von denen eigentlich keine einzige als wirklich nebensächlich zu betrachten ist, war fast das ganze

Personal unserer Oper beschäftigt. Fräulein Daniel sang die Partie mit bestem Erfolg, auch Herr Campani aus war als Domino erfolgreich, bemüht, seinem etwas spröden Organ Weichheit und Wohlklang zu verleihen. Die Königin der Nacht wurde von Fr. Salazar mit der nötigen Feinfertigkeit gelungen. Herr Schuknecht war als Papageno recht mutig, nur störte sein fröhliches "Spiel" der Zauberblümchen vielfach die Illusion; eine liebenswürdige Partnerin hatte er in Fr. van Roeden (Papagena). Die drei Damen waren mit Fr. Gardien, Seidler und Herting, die drei Gentlemen mit Fr. Münker, Pugnall und Hippelius recht annehmbar besetzt, ebenso der Pfeifer mit Herrn Baumann und der Sprecher mit Herrn Herrmann. Da auch die wundervollen Chöre durchweg gut gelangen, so konnte es nicht fehlen, daß die Versetzung, welche unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Trummer stand, eine bedeutende Erfahrung erzielte. Die Regie wählte, wenn man von kleinen Zusätzleitungen absieht, in unsichtiger Weise ihres Künste. Das Theater war stark besucht.

P. L.

Legte Nachfrage ein.

Augsburg. Erklärt. Im nahen Burzen erwiderten durch Hoblenordungsverfügung drei erwachsene Personen, der Gutsbesitzer Bremer, seine Schwester und seine Nichte.

Düsseldorf. Das Schwurgericht verurteilte den früher in Altona und Aheydt tätigen Postinspektor Klun-

kowski wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 12000 Mark zu acht Jahren Monaten Gefängnis. — Sehr milde im Verhältnis zu den Strafen, welche gegen Unterbeamte verhängt werden.

Bonum. Zum Tode verurteilt. Die Rheinisch-Westfälische Volkszeitung meldet: Das Schwurgericht hat nach zweitägiger Verhandlung den Bergmann Kossmehl aus Baahr, der am 22. August 1904 den Bergmann Maleska zu Haisten ermordet hatte, zum Tode verurteilt.

Würzburg. Bei Leben digem Leibe verbrannte. In Burg am Main verbrannte bei lebendigem Leibe infolge Unfalls eines Lichtes ein bettlägeriger 74-jähriger Rentner.

Briefkasten.

Ein Abonnent. Wenden Sie sich an ein hohes Gründungs-Beerdigungsinstitut.

F. B. Mit der Verleihung des Ordens pour le mérite sind keine Bezüge verknüpft. Ein solcher Orden macht sich also nicht "bezahlt".

Zwei Streitende. 1) Bei einem normalen Wochenbett zahlt die Ortskrankenkasse keine Wöchnerinnen-Unterstützung. Ist jedoch mit demselben eine Krankheit verknüpft, dann gewährt die Kasse, wenn der Mann Mitglied derselben ist, freie ärztliche Hilfeleistung und Medizin. Ist die Frau als Erwerbstätige Mitglied derselben, so erhält sie auch Krankengeld. 2) Mitglieder der Kasse erhalten Krankengeld vom Tage nach der Krankmeldung ab.

F. E. Schluss. Wenn die Frau als ständige Arbeiterin eines Betriebes am Montag feiert, obso an-

diesem Tage nicht gegen Entgelt anderweitig beschäftigt ist, dann muss selbstredend der Arbeitgeber für die ganze Woche die Invalidenmarke liefern.

M. W. Im Laufe von 4 Jahrhunderten fallen drei Schaltjahre aus, und zwar diejenigen Schlussjahre der Jahrhunderte, deren Anzahl der Hunderte nicht durch 4 ohne Rest teilbar ist. 1700, 1800 und 1900 sind keine Schaltjahre, dagegen 1600, 2000, 2400 etc.

21. Schwartau. Für die streitenden Bergarbeiter 5 Mt. empfangen. Siehe Quittung.

Quittung.

Für die streitenden Bergarbeiter im Ruhrrevier gingen ein: Telleransammlung einer öffent. Fabrikarbeiter-Ber. Gutin 7,60 Mt. Verb. d. Brauer, Zweig. Schwarze 20.— Mt. Herr M. 5.— Mt. Bäder d. Gen.-Bäckerei 15,50 Mark. Eisarbeiter d. Adler-Brauerei o. d. Wafnik 2,90 Mt. Lustiger Stammisch 10.— Mt. H. G. Stockelsdorf 3,05 Mark. Ein alter Freund 10.— Mt. Hafenarb. v. Holzleicher "Volut" 7,20 Mt. Fabrikarbeiter-Ber. Stockelsdorf 10.— Mt. Gewerlich-Kurt. Lübeck 400.— Mt. Berband der Schneider 100.— Mt. Möbelfabrik C. J. 40.— Mt. 21. Schwartau 5.— Mt. Bereits quittiert 91,85 Mt. Summa 1547,20 Mt.

Sternschnuppe-Schmuck.

Der Schmuckhandel vertrieb mittelmäßig. Aufgeführt wurden 3450 Stück, Preis: Sonnenblume 1 Mt., Verbandschmuck, schwere 54—55 Mt., leicht 53—54 Mt., Säulen 46—51 Mt. und Sterne 47—52 Mt. pro 100 Stück.

Größtes Lager am heisigen Platze, bekannt billige Preise

Stets Neuhelten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Stranen- und Sterbe-Stasse gewerblicher Arbeiter.

(E. H. Nr. 24.)

Generalversammlung am Freitag den 27. Januar 1905

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50—52.

Tagess-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904 und Jahresbilanz.
2. Wahlen nach § 17 des Statuts sowie Wahl der Voten.
3. Verschiedene Kasenangelegenheiten.

NB Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse.

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung am Freitag den 27. Januar 1905

abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Tagess-Ordnung:

1. Gattelbericht. 2. Der Streit der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Die Ortswaltung.

Sparklub 1898 Holl di von.

Versammlung
am Donnerstag den 26. Januar
abends 9 Uhr,
Dankwartsgrube 13.

Naahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
Der Vorstand

Einladung des

Seglerklub „Hansa“

zum

Kappen-Fest

am Sonntag den 29. Januar 1905
im Kabinett „Wakenitz-Bellevue“.
Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.
Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand

Stadt-Theater.

Donnerstag den 26. Januar.
Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ende nach 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
124. Vorstellung 18. Donnerstag Abonnements.

Auf diehltiges Berlungen.

3 und unbedingt letztes Gattel von
Frau Hermine Reichenbach-Michels.

Maria Theresia.

Wolkenstein-Musik.

Freitag den 27. Januar. 125. Vorstellung.
Gefestigung zur Feier des Geburtstages

Sc. Heiligtum des Kaisers.

1. Feierstätte des Herrn Julius Brischke.

Der Freischütz.

Vom Neuen Welt-Kalender 1905

sind nur noch wenige Exemplare vorhanden.

Wir ersuchen deshalb diejenigen Genossen, welche noch auf einen Neuen Welt-Kalender rezipieren, sich rechtzeitig damit zu versehen.

Preis: 40 Pf.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Künstlicher Zahne

die Spezialität der Burzen.
Zahnärzte und Zahnärztinnen
Zahnärztin gekrönt.

H. Marks, Zahnärztin, 25.

Mein Deutsches Tagebuch

ist täglich, auch Sonn- und Feiertage, bis
9 Uhr abends geöffnet.

Stückpreis 60 Pf., außer dem Hause

(Stadt) 75 Pf., vor dem Tor 1.— Mt.

Caroline Meyer. Breitestraße 5, II.

Gärtner: Paul Löwig.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

M. 22.

Donnerstag, den 26. Januar 1905.

12. Jahrgang

Sopras und Partieleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik in der Dessauer Waggonfabrik ist nach dem „Volksbl. f. Anhalt“ zu einer gemeinschaftlichen Besprechung für beendet erklärt worden. — Die Schuhmacher in Weisenfelde beschlossen die Übergabe eines einheitlichen Lohntariffs an die Schuhfabriken. — Der Streik des Klempner bei Hülsemann in Elberfeld ist am Freitag zu Gunsten der Gehüßen beendet worden. — Zugang von Lackierern nach den Adler-Fahrradwerken in Frankfurt a. M. ist wegen Maßregelung fernzuhalten. Am Dienstag wurde dort plötzlich ein Lackierer entlassen, weil er am Abend vorher einer Lackierer-Versammlung beigewohnt hatte. Am Freitag sind aus denselben Grunde weitere vier Entlassungen vorgenommen. So schätzt der Generaldirektor Alcher das Koalitionsrecht! Wer davon Gebrauch macht, der fliegt! — In Falmar (Schweden) sind über 100 Arbeiter der Dampfmühlen ausgesperrt worden, des Koalitionsrechtes wegen, daß sie sich nicht netmen lassen wollen. Da der Unternehmer, Großhändler N. Pearson, in Deutschland Streikdrücker liegt, werden die deutschen Arbeiter es nicht, keine Arbeit nach Falmar anzunehmen.

Polizei und Streifposten. Die Polizei in Köln führt zwar jetzt wie die in Breiten Streifposten an der Kette ab, aber bezüglich der Menge der polizeilichen Strafbefehle gegen Streifposten wird Köln die schlechteste Hauptstadt weit übertragen. An einem einzigen Vormittag hätte sich eine Weiterleitung des Kölner Schöffengerichts mit sage und schreibe siebzehn Prozessen gegen Streifenabende zu beschäftigen. Die ersten sieben stammten aus dem Streif in dem Kölner Oribit Wett; es sind dies aber nicht die Prozesse alle aus diesem einen Streif. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die sächsischen Streifposten auf einer Landstraße standen, die um die Zeit völlig menschenleer war, da sie weit außerhalb der Stadt liegt. Von der Polizei, die sieben Beamte als Zeugen erhielt, wurde nicht einmal behauptet, daß auch nur die geringste Tätschlichkeit vorgekommen sei; auch für eine Bedrohung von Arbeitsswilligen wurde nicht die Drohung eines Bewerbes erbracht. Es handelt sich bei der Polizei, als sie die Posten auf Grund der bekannten Streifenpolizei-Berörderung wegweis, um eine ganz eifere Verleumdung des Rennstreckenarbeiter. Die Polizei hat lediglich auf den Bunker der Fabrikleitung gehandelt. Gemeinfahrt ist die Aufgabe des betreffenden Polizeikommissars. Der Herr sagte üblich als Frage: Die Strafe war ganz leer. Als es 12 Uhr idag, unterboten (!!) in die Eupenerstraße auf einmal sechs Personen hinein. Auf mein Verbot (!) gingen fünf weg; nur der Angeklagte B. blieb. — Ihnen Angeklagten, der gar nicht Bogen stand, sondern um die Mittagszeit über die Straße ging, forderte ein Beamter auf, daß — zu bekleiden! Er, der Arbeiter nein!, erhält ein Strafmandat von 20 RM. — weil er seine Sile hätte! Der Beurteiliger der 15 Arbeiter kennzeichnete das Vorgehen der Polizei als völlig unzulässig. Das Gericht sprach nämliche Angestellten frei und erklärte, die Polizei habe sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Dann verhandelte das nämliche Gericht gegen zwei Holzarbeiter, die bei dem Streif in der Erensfelder Waggonfabrik Posten gefunden hatten. Da den vorigen Fällen hatte es nur des Werkes der Maternheimer betraf, um die Polizei gegen Staatsbürgers mahn zu machen, die ruhig und gesetzmäßig um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpften. In diesen beiden Fällen aber genügte dazu — es wäre unglaublich, wenn es nicht der Polizeikommissar Streifamt zugegenwollte — blinder Hahn! — die anonyme Beschwerde eines Denunzianten. Der Polizeikommissar sagte auf: Ich habe zunächst nichts gegen die Streifposten unternommen, da sich niemand beschwerte. Da habe ich beim Kölner Polizeipräsidium eine anonyme Beschwerde ein, worauf ich von dem

21 Friday

Ein nordischer Roman von Theodor Högger

60. Fortsetzung.)

„Nun aber“, fährt er fort, „ist alladings die Sache nicht ohne Gefahr. Die Männer eben werden nicht so leicht loslassen, obwohl es auch schon vorkommen; der Jäger wird sich an seinem Querholz fest zu halten suchen, wenn auch manchmal einer das Gleichgewicht verliert und den Hals bricht; das U. beste aber bleibt es, wenn das Tier sich zu drehen anfängt und der Jäger wie ein Kreisel umher wirbelt, bis er im Schwindel stiellos hinabfällt über den Kopf zu liegend einen Felsenkante zerplittet. — Und das wäre mein Los gewesen!“ rief Paul. „Viele Egede tuß nicht gehalten. — Ich hing an einer Klippe am siebenhundert Fuß-Seil; unter mir hatten zehn Mastbäume Raum, als ein Windstoß kam und ich zu drehen anfing. Anfangs lachte ich, dann flüchtete ich, endlich schrie ich einen Todesfurcht, denn um mich her wurde es schwarz, als plötzlich ein Mann an dem Seile herunterfuhr und mit seinen Beinen rechte und falsche auf dem Querholz stand, mir den Hakenstock aus der Hand riß, die Spieße in einen Felsenpalt stieß und mit einem Sprunge auf dem Abhange der Klippe stand, nicht breiter als eine Hand. — Im nächsten Augenblick hatte er das Seil dicht herangezogen und hielt es fest, dann wandte er es behutlich hin und her ließ sein rauhes Gelächter hören. Eine Minute darauf stand ich neben ihm, ich weiß selbst nicht, wie es kam. Wir gingen auf dem Grat fort, bis dieser etwas breiter wurde. Da waren Löcher und Risse, Alten und Lämmer in ganzen Scharen, es war eine wunderbare Jagd. Über uns die zerplitterte Wand, unter uns die glänzende See; schreitende Vogelschwärme um unsere Köpfe, mit Flügeln und Schnäbeln auf uns los wie Teufel, und wir beide mit Flint bestückt, sangesend und schlägend, bis alles still war. — Dann kam Fuchs auf uns los.“

er
f.
et
n.
au
m
r
t,
z,
s
a
e
i
c
a
n
P
olizeipräsidium zu eingehendem Bericht aufgefordert wurde. Ich ging zur Waggonfabrik und der Director sagte mir, es seien Leute, die nichts im Streit zu tun hatten, angehalten und gefragt worden ob sie Stellmacher oder Schreiner seien (Schrecklich!), auch Fabrikbeamte usw. Ich sagte zu dem Director: „Warum haben Sie mich nicht sofort benachrichtigt?“ Dieser Zeuge und die beiden als Zeugen auftretenden Schuhleute haben von Belästigungen und Bedrohungen nichts wahrgenommen. Trotzdem verurteilte das Gericht die beiden Arbeiter zu je 10 Mf. Geldstrafe: Die Polizei habe sich hier in berechtigter Ausübung ihres Amtes befunden; nachdem einmabte anonyme Anzeige eingingen seien (!!!) und nachdem sich Fabrikbeamte über Belästigungen beschwert hätten, sei die Polizei zu ihren Anordnungen auf Grund der Großenpolizeiverordnung berechtigt gewesen, und die Angeklagten hätten der Aufforderung zum Verlassen der Straßens Folge leisten müssen. Dies Urteil wird in der Berufungsinstanz bestätigt werden müssen. Die Prozeße aber sind von kulturgeschichtlicher Bedeutung. Wir empfehlen dem Reichsgrafen des Innern, Herrn v. Rosdowelsky, statt des Zahlerhundungs der Arbeiterversicherung die Akten dieser und der dienen Streitprozeß, die sich im Reiche der Sozialpolitik abspielen, auf den internationalen Ausstellungen vorzuführen. Die Anerkennung, daß Deutschland, nicht Russland, in diesen Dingen an der Spitze marschiert, ist ihm sicher.

Diejenigen, die der Frage marxistisch sind, ist ihm sicher.
Der fünfte italienische Gewerkschaftskongress tagte in Genaua. Vertreten waren 15 Nationalverbände und 34 Arbeitgeberverbände; 8 von den italienischen Arbeiterschaften hatten Bevollmächtigte nicht entsandt. Außerdem hatten Bevollmächtigte der Bund der Magistrate, sowie das Arbeitsamt und die Humoristische Gesellschaft von Mailand. Für die deutschen Gewerkschaften war der Große Verband entsandt. Der ganze erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Diskussion über die soziale Gesetzgebung. Folgende Resolution gelangte in formeller Abstimmung zur Annahme: „Der Kongress erkennt in der sozialen Gesetzgebung ein Mittel, um die moralische und ökonomische Lage der arbeitenden Klassen zu erhöhen.“ Ja, die Gegenresolution war gefragt, daß der Kongress von der sozialen Gesetzgebung nichts erwarte. Diese Resolution erhielt nur 8 Stimmen. Nachdem sich der Kongress im Prinzip für die Sozialreform ausgesprochen hat, wurde die Diskussion über die einzelnen, an die Gesetzgebung anstehenden Forderungen eröffnet. Annahme findet eine Resolution statt, in der die Institution des Arbeitsamtes und des höheren Arbeitsrats an sich als gute Anerkennung werden, in der aber eine andere Zusammensetzung des Arbeitsrats nach den Wünschen der organisierten Arbeiter gefordert wird. Der dritte Verhandlungstag begann mit der Diskussion der Eisenbahnenfrage. Zur Annahme gelangte eine Resolution, die sich energisch gegen die geplante Enteignung der Eisenbahnen ausspielt, da man aus Koalitionsgründen entziehen oder kostspielig abwarten müßte. Im übrigen spricht man sich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen aus. Sodann wird über die Lage der Reisearbeiter verhandelt. Seit Jahren sind parlamentarische Kommissionen und Arbeitsamt dabei Schätzungen für die auf das Durchschnittsangebot ausgetretenen Reisearbeiter zu berechnen. Wie immer aber, wenn und wo Gesetze zu Gunsten von Arbeitern gemacht werden sollen, so haben auch hier die langwierigsten und umfangreichsten Ermittlungen und Beratungen stattgefunden, damit dem Unternehmertum ja nicht zu wehe getan werde. Schließlich ist aber jetzt durch den Oberen Arbeitsrat ein Entwurf zustande gekommen, mit dem sich der Kongress im wesentlichen einverstanden erklärt. Sodann gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es der organisierten Arbeiterschaft zugesetzt wird, diejenigen, die für politische Vergehen (namhaft wegen der Ereignisse von 1894 und 1898) in den Gefangenensein kamen, die Freiheit wiederzugewinnen, und es

fuhr ohne ein Hindernis hinauf. Ihnen holten wir dann nach, und er brachte noch einen Korb voll Leicken mit, so viel, daß Anna nicht wußte, was sie mit allen Braten machen und wie sie die gute und zum Teil wertvolle Speise bewahren und einsafzen sollte.“

"Anna ist also, wie ich merke, die Hausfrau des Herrn Wingborg, deines ehrenwerten Freunde?" fuhr Hansen ein.

„Sie ist die reizendste, bicklöffigste Schönheit aus eßtem
Quarzstein, die je ohne Hemd und Strümpfe in einer
Bluse von Hornfelsellen in den Einumrakten umhergelaufen
ist“, lachte Paul. „Sie müssen wissen, Herr Maßbrand,

„Wir müssen warten, Herr Wulffram,
daß es auf den Außeninseln oft wie im Paradiese hergeht,
und noch Luppen kommt jahrous, jahrein kein Mensch, der
Austausch haben möchte. — Mein Freund Wingeborg, seine
Anga und süßes Buben, einer zottiger als der andere,
wohnen dort in ungefährter Freiheit. Anga brauchte selbst die
Hammelfelle nicht, sie könnte eingehüllt in ihren wilden
Haaren gehen, wie einst die schöne Gräfin Genovesa, und
Wingeborg hat einen Grund, eifersüchtig zu werden.
Das ist ein prächtiger Kerl. Bären wir Grethen, so
würden wir ihn in Marmor meißeln, und wenn er
morgen zu uns kommt, dann mag sich jedes zarte Herz in
sicht nehmen.“

Au diesen Gesprächen, welche nach lange fortgesetzt wurden, nahm Björnorne wenig Anteil, nur zuweilen mischte er sich ein, wenn er dazu aufgefordert wurde, aber alles, was er sagte, war kurz und klang so, als koste es ihm Anstrengung. Marstrand sah er kaum an, und für die freundlichen Ausmerksamkeiten Hannas zeigte er sich gleichgültig und tot zualler, als höre er ihre Fragen nicht, wenn er sich in seinem Stahl zurücklehnte und lieber die Augen zumachte. — Es hatte sich also nichts geändert, oder, wie Marstrand meinte, es war sogar noch schlimmer gemorden. Mit gehörtem Bedürfnis sah er seinen jungen Freund an, der sprach so fröh-

werden deshalb die Zentralverbände und die Arbeitskam-
mern aufgefordert, das Zentralkomitee für die Beisetzung der
politischen Opfer zu unterstützen. Der nächste Punkt behan-
delt das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsverbänden und
den Arbeitskammern. Zu dieser Frage hatten sich circa 30
Redner gemeldet. Es gelangt eine Resolution zur Annahme,
in der ausgesprochen wird, daß zwischen den beiden Korpo-
rationen ein gegenseitiges Vertrauen verhältnis aufrecht er-
halten werden müsse und daß sich beide in freundschaftlicher
Zusammenarbeit zu vereintigen haben. Der ganze letzte Ver-
handlungstag wurde ausgestellt mit dem Pünktle: Stellung
des Proletariats gegenüber den Unterdrückungsmethoden der
Regierung bei ökonomischen Konflikten. Hierbei kommt es zu
schwarzen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und
den Anarchisten, Generalstreikern und Republikanern. Eine
von der Mailänder Arbeiterschaft eingebauchte Resolution,
in der es den Organisationen zur Pflicht gemacht wird, die
Jugend vor Eintritt in die Armee aufzuklären, damit diese
in vollem Bewußtsein die Konsequenzen ihrer Handlungen
voll ermessen können, und in der der Generalstreik gewisser-
maßen als Prinzip, als das Hauptmittel gefordert wird,
sind schließlich Annahme. Die weiteren Punkte der Tages-
ordnung betreffen interne Angelegenheiten der einzelnen Ver-
bände.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Elbing-Marienburg wurde am 15. Januar im Gewerkschaftshause zu Elbing abgehalten. Anwesend waren 24 Delegierte, darunter 18 vom freien Lande. Ein sachliches Referat über „Junker und Landarbeiter“ hielt der Reichstagskandidat des Kreises, Oskar Gräpelin. In der Diskussion erzählte Schröder-Elbing eine Geschichte aus dem Dorfe Lengen. Dort bestand neben dem Kirchhundezem noch eine freiwillige Geldspende für die Kirche, 68 Pfz. für den Pfarrer, 68 Pfz. für den Küster. Dieser freiwillige Beitrag ist seit einigen Jahren nicht mehr eingezogen worden. Nun kam unlangst der Pfarrer und erhob im Namen der Kirche aufs neue Entschuldigung auf den erwähnten Beitrag. Manche zögerten, viele andere weigerten sich. Doch man wußte sich zu helfen und schickte den Gendarm zu den Widerparteigen ins Haus, die Beiträge einzufasppieren. Darauf ließen sich verschiedene Leute einschüchtern und zögerten. In einem Fall hat der Gendarm in einer Stube eine Tasse vom Himmelbett genommen, in der ein Portemonnaie mit einer Geldsumme drin lag und hat den fraglichen Beitrag einfach abgezogen. Ja, Rettigereien, ich frage, hatte der Gendarm ein Recht, Gefecht zu spielen? 88 Einwohner haben den Flugweg besetzten und wollen feststellen lassen, ob der Kirche in Lengen rechtlich eine solche Forderung zufiehlt. — Die Diskussion über das Thema „Junker und Landarbeiter“ war äußerst anregend. Ein Delegierter vom Lande ging der falschen Angst zu Leibe, die noch Tausende von Agrarier-Helden abhält, Farbe zu bekennen. „In meinem Dorfe“, so führte Haack-Ladefopp auf, „hätten alle Rebellen rot wählen können, es hätte kein Hahn danach gefrägt. Es ist nur traurig, daß das viele eine falscher Angst nicht geben haben. So ist es sicherlich auch in anderen Dörfern. Wir müssen ein seines Land bei Verbündung für den Wahlkreis legen und in den einzelnen Ortschaften Patronenleute finden. Ferner tüchtig Flugblätter verbreiten und für unsere Presse agitieren.“ Es wurde dann auch eine Kommission gewählt, die einen Organisationsentwurf ausarbeiten soll. Im Juli soll eine zweite Konferenz abgehalten werden. Und in Ostpreußen gibt es vorbereitet.

Ein kräfberes Ausheben genießt nach Ansicht des Saarbrücker Strafgerichts der Redakteur der „Saarwacht“, Genosse Öpferrotz. Wegen Verbreitung der Broschüre „Saarabien vor Gericht“ hatte die Polizei nicht weniger als 37 Geschworene angezeigt, weil sie durch die Verbreitung eine Polizeiverordnung über die Sonntagsfeier überstreten haben sollten. Das Sulzbacher Strafgericht hat fünf dieser Angeklagten freigesprochen, während das Saarbrücker Strafgericht in vier Angeklagte weagte.

verleben konnte. Seine Bäze waren spitzer geworden, seine Augen lagen tief, und ihr Blick hatte etwas Unstetes und Müheloses, er konnte sie nicht lange auf einen Gegenstand festhalten.

Marsstrand war zu sichhaltend, allein der Schreiber war zu Hug, um nicht bald aus den Antworten, die er hervorholte, sich ein Bild von der Lage der Dinge zu machen. Es mochte zudem viel mehr wie Marsstrand selbst und sah mit heimlichem Vergnügen, wie weit Helgestads Pläne vorgeschritten waren; — weiter, wie er es gehofft hatte.

Es war keine Ordnung und Einteilung in der neuen Niederlassung, die Borräte waren verschlendert, das Gelbortan, Marsstrand war gelommen, um Hilfe zu begehrten, und der Dummkopf Olaf hatte ihn hergeschickt, während er selbst seine herkatischen Schultern anstrengte, um einiges Geschick in die Bewirrung zu bringen. Mit vieler Teilnahme hörte Paul zu, erteilte guten Rat, stellte Zweifel auf, und weil er ganz richtig schloß, daß Marsstrand gerade das Entgegengesetzte von dem glauben würde, was er ihm empfohl, unterstützte er lebhaft die Anhänger, welche Olaf angetroffen

„Ich kann es mir denken,“ sagte er, „dass der ehrliche Junge mit Gaisepen Ihre Arbeiten und Ihre Ausgaben betrachtet hat, und wahr ist es, Herr Morstrand, dass wenige Leute im Lande sind, die das ganze Unternehmen nicht für

„Eine Meinung, der Sie jetzt beizupflichten scheinen.“

